



Von der Politik alleine gelassen: Singles in der Schweiz haben gegenüber Ehepartnern gewichtige finanzielle Nachteile

Foto: Urs Jaudas

«Ehe für alle»: Politik lässt die Singles im Stich

Homosexuelle sollen bald heiraten dürfen.
Aber um die Anliegen der Alleinstehenden kümmert sich niemand

Bettina Weber

Die Zeichen stehen gut, dass die Abstimmungsvorlage über die Ehe für alle am 26. September angenommen wird. Damit würde die Ungleichbehandlung der Homosexuellen aufgehoben. In einer Zeit, in der man allseits darum bemüht ist, niemanden auszugrenzen, und selbst in der Sprache darauf achtet – weshalb das Gendersternchen immer häufiger Verwendung findet –, scheint das überfällig. Nie zuvor wirkte es so aus der Zeit gefallen, dass eine bestimmte Lebensform bevorzugt werden soll.

Und doch macht die Initiative just das. Sie zementiert den Gedanken, dass die Gesellschaft auch 2021 hauptsächlich aus Paaren und Familien besteht, denn die Alleinstehenden bleiben ausser vor. Mehr noch: Sie müssen weiterhin in Kauf nehmen, rechtlich anders, nämlich schlechter behandelt zu werden. Ihre Benachteiligung wird sogar noch grösser, weil nach Annahme der Initiative mehr Menschen von den Privilegien der Ehe profitieren.

Die Pensionskassen profitieren von den verstorbenen Singles

So können Alleinstehende zum Beispiel die jahrzehntelang einbezahlten Pensionskassenbeiträge nicht in Form einer Hinterlassenenrente vererben. Ihr angespartes Guthaben fällt im Todesfall zurück an die private Vorsorgeeinrichtung – jedes Jahr profitieren die Kassen auf diese Weise von Summen in Milliardenhöhe. Den toten Singles sei Dank.

Ähnlich beim Erben: Im Unterschied zu Verheirateten können Alleinstehende nicht steuerfrei vererben. Ihre Hinterlassenschaft wird vielmehr massiv besteuert – im Kanton Genf mit bis zu 50 Prozent –, während Ehepartner automatisch davon befreit sind.

«Aus dem Blickwinkel der Rechtsgleichheit gibts Probleme»

Auch Urs Saxer, Professor für Staatsrecht an der Uni Zürich, sagt: «Aus dem Blickwinkel der Rechtsgleichheit besteht da eindeutig ein Problem.» Es stelle sich die Frage, wie dies angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse noch zu rechtfertigen sei. «Die Familie als Keimzelle des Staates hat ausgedient, längst übernimmt der Staat ganz viele dieser Funktionen – sozial, finanziell. Rein aus ideologischen Gründen daran festzuhalten, ist nicht statthaft», sagt Saxer.

In der Schweiz gibt es 1,3 Millionen Einzelpersonenhaushalte, Tendenz stark steigend. All diese Personen können ihre Lebenskosten mit niemandem teilen, weshalb sie grundsätzlich finan-

ziell stärker belastet sind als Paare. Es gibt für sie im Unterschied zu Haushalten ab zwei Personen nirgends Vergünstigungen. Hinzu kommt die Ungleichbehandlung, weshalb Professor Saxer von einer «gewichtigen, aber vergessenen Minderheit» spricht, deren rechtliche Situation sich immer weiter verschlechtert habe, weil andere Anpassungen vorgenommen worden seien.

Sylvia Locher, Präsidentin des Vereins Pro Single Schweiz, die sich seit über 20 Jahren für die Anliegen der Alleinstehenden einsetzt, hat Verständnis für die Initiative Ehe für alle, die Gleichberechtigung ist Kern ihres Engagements. Dennoch, sagt sie, profitieren dadurch einfach noch mehr Menschen von den Vorzügen der Ehe, die Ungerechtigkeiten den Alleinstehenden gegenüber blieben bestehen.

Locher sagt: «Es ist absolut begrüssenswert, wenn man an Gleichberechtigung interessiert ist. Bloss: Warum schafft man dann nicht die Privilegien der Ehe ab? Und sorgt auf diese Weise für echte Gleichberechtigung für alle – Homo- und Heterosexuelle, Singles und Paare?»

Urs Saxer hat für Pro Single Schweiz 2020 eine juristische Abklärung erstellt und kam zum Schluss, dass etwa die Erhebung der Radio- und TV-Gebühren diskriminierend ist: Ein Einzelpersonenhaushalt wird damit gleich hoch belastet wie eine Familie, in der fünf Personen an mehreren Geräten den Anschluss nutzen.

In den 1,3 Millionen Einzelhaushalten hat dennoch niemand die Möglich-

keit, wegen verfassungswidriger Diskriminierung zu klagen, genauso wenig wie bei den Steuern oder beim Vererben des Pensionskassenguthabens, wo die Singles benachteiligt sind. Weil es in der Schweiz an der Verfassungsgerichtsbarkeit fehlt, geht das nur auf politischem Weg. Sprich über das Parlament

Bisher ist aber keine Partei durch besonderes Engagement für die Singles aufgefallen; vielmehr überbieten sich alle mit der Förderung und der finanziellen Entlastung der Familie. Mit Erfolg: Die Hälfte aller Familien zahlt dank solchem Entgegenkommen keine direkte Bundessteuer. Die kinderlose Verkäuferin, die Single ist, kann von solchen Vergünstigungen nur träumen.

Grüne und FDP foutieren sich

Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP und Mitglied der sozialpolitischen Kommission, antwortet auf die Frage, inwiefern denn ihre Partei sich für die Anliegen der Alleinstehenden starkmache, die SP mache «keine Politik für einzelne gesellschaftliche Gruppen. Die Konfliktlinien sind nicht da, sondern zwischen oben und unten». Die SP vertrete deshalb auch die Interessen der Alleinstehenden, wenn sie die Senkung der ÖV-Preise oder der Einkommenssteuer fordere. Die Fraktionen von Grünen und FDP liessen dieselbe Anfrage nicht einmal, sondern gleich zweimal unbeantwortet.

Kommentar — 18

SP lanciert Initiative zum Finanzplatz

Linke fordern nachhaltige Banken

Am ausserordentlichen Parteitag der SP in St. Gallen kündigte die Partei unter anderem eine Initiative für einen sozial- und umweltverträglichen Finanzplatz an. Die SP denke auch über eine Reform der Altersvorsorge nach, «die uns vom Renditedruck befreit und die Renten sichert», so Co-Präsidentin Mattea Meyer. 2022 soll zudem eine Volksinitiative für die Einführung einer flächendeckenden familienexternen Kinderbetreuung vorgestellt werden.

Thema war auch das Selbstverständnis der Partei: Weder die FDP noch Die Mitte und schon gar nicht die SVP stünden für die Freiheit, sagte Co-Präsident Cédric Wermuth. Es sei die SP, die die Partei der Freiheit sei. Wenn die Rechten von Freiheit redeten, meinten sie die Privilegien der Mächtigen und Besitzenden. Freiheit gebe es aber nur, wenn sie für alle Menschen gleich gelte. (SDA)

Bahnkollision beim Vereinatunnel

Autozug streifte Personenzug

Beim Autoverlad Vereina in Klosters GR ist es am Samstagmittag zu einer Zugkollision gekommen. Nach Angaben der Rhätischen Bahn (RhB) hat ein abfahrender Autozug einen Personenzug «leicht gestreift». Es sei niemand verletzt worden, so ein Bahnsprecher. Allerdings kam es zu Verspätungen und Zugausfällen im Personenverkehr.

Der Autoverlad konnte den Betrieb schnell wieder aufnehmen, Personenzüge fuhren den ganzen Nachmittag nicht durch den Tunnel. Reisende von St. Gallen nach Samedan, St. Moritz und Scuol-Tarasp mussten ebenso über Tiefencastel und die Albulastrecke fahren wie Passagiere von Zürich, Sargans, Landquart und Chur zu diesen Zielen. Die Bahnverkehrsinformation rechnete mit einer Dauer der Beeinträchtigungen bis 17 Uhr. (SDA)

Anzeige

NICHT GANZ 100!
Zu 100% schädlich für 100% der Schweiz



Kathrin Bertschy
Nationalrätin GLP/BE

«Die Juso-Initiative ist populistisch und schafft eine Ungleichbesteuerung. Sie ist ökonomisch nicht durchdacht und schädigt die Innovationskraft von KMU.»



Am 26. September
Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern»

NEIN

100-prozent-schaedlich.ch
Komitee der Schweizer Wirtschaft
gegen die brandgefährliche
99%-Initiative, Postfach, 3001 Bern